

früherer schon mehrere Jahre früher ein: die Vorkriegs- und die nach dem Zolltarif vom 25. Dezember 1902 in Aussicht gestellten Verträge. Aber unter den Handelsverträgen von 1906 steigerten sich die Zölle so gewaltig, daß trotz des vorweggenommenen Profits noch weitere stärkere Erhöhungen möglich wurden.

Auf welche Güter entfallen die größten Erhöhungen der Zölle? Nachfolgend unterliegt den Einflüssen der Getreidezölle sowohl nach sechs Größenklassen, wie nach fünf Bonitätsstufen des Bodens. Das Ergebnis ist — und das ist die zweite wichtige Feststellung — daß lediglich der Großgrundbesitz durch die Getreidezölle die ungeheure Erhöhung seines Wertes erzielt hat. Ohne Unterbrechung der Qualität des Bodens ergaben sich im Durchschnitt des Staates diese Wertsteigerungen der Landgüter:

Größenklasse	Anzahl der verwendeten Kaufpreise	Steigerung i. Proz. 1895/1903	1903/09
unter 2 Hektar	21 635	21	33
2 bis 5 Hektar	53 797	18	27
5 bis 20 Hektar	83 577	18	31
20 bis 100 Hektar	28 455	14	37
100 bis 500 Hektar	7 304	13	49
500 Hektar und mehr	1 005	19	53

Alle Klassen 205 773 17 33

Im Durchschnitt des Staates ist die Steigerung in der letzten sechsjährigen Periode größer als 1895/1903:

Größenklasse	Wertssteigerung i. Proz.
unter 2 Hektar	12
2 bis 5 Hektar	11
5 bis 20 Hektar	13
20 bis 100 Hektar	23
100 bis 500 Hektar	36
500 Hektar und mehr	34

Hiernach ist — fügt der Verfasser hinzu — die vermehrte Steigerung bei den kleineren Besitzungen mit weniger als 20 Hektar Fläche nicht sehr bedeutend, sie beträgt im Staatsdurchschnitt 11 bis 13 Proz., bei den Großgütern aber mit mehr als 100 Hektar Fläche dreimal so viel, rund 34 bis 53 Proz., während die Besitzungen von 20 bis 100 Hektar mit 23 Proz. Wertssteigerung die Mitte halten. Diese Zahlen lassen unzweifelhaft erkennen, daß den größten Vorteil aus den hohen Getreidezöllen der Großgrundbesitz zieht, der vorwiegend Getreide zum Verkauf produziert, während für den kleineren Besitzer, der einen verhältnismäßig nur geringen Uberschuß an Getreide auf den Markt bringen kann, die hohen Fruchtpreise von geringerer Bedeutung sind. Die verstärkte Preissteigerung von 1901/03 bis 1907/09 ... macht bei den Großgütern für ein Jahr fast 6 Proz. aus.

Dieser jährliche Vermögenszuwachs von 6 Proz. infolge der Zölle und Ausfuhrprämien ist der auf den ganzen Staat berechnete Durchschnitt. Die Preisbewegungen in einzelnen Bezirken des Nordostens sind noch viel stürmischer. Setzt man den Preis für 1 Hektar im Jahre 1895 = 100, so war z. B. im Bezirk Altein im Preis für die Güter von 100 bis 500 Hektar 1904/06 127, 1907/09 182. Die größte Steigerung verlor sich in den letzten beiden Jahren. Es handelt sich hier zum Teil um mehr als Verdoppelung des Güterpreises. Wie sehr der Großgrundbesitz dabei begünstigt ist, zeigt z. B. die Bewegung der Kaufpreise im Bezirk Kölln, wo in den Jahren 1907/09 in der zweiten Bonitätsstufe die Steigerung in den fünf Größenklassen sich durch die folgenden Ziffern kennzeichnet: 135, 155, 158, 152, 177, 207. Güter der ersten Bonitätsstufe in der Größenklasse 100 bis 500 Hektar, deren Wert im Jahre 1895 = 100 gesetzt wird, waren 1904/06 143, 1907/09 nur 209 wert, in zwei Jahren also eine Wertsteigerung um 66 Proz.

Nachfolgend beantragt sich mit der einen Schlussfolgerung aus seinen alarmierenden Ziffern, daß er vor der Gefahr dieser unmäßigen Gütersteigerungen warnt; wenn trotz der Zölle, was möglich ist, ein Preisrückgang einträte, so würde das verhängnisvoll wirken. Mit dieser Warnung ist nichts getan. Die Feststellungen beweisen vielmehr den ganzen Uberschuß und die ganze Gemeingefährlichkeit der deutschen Agrarverhältnisse. In demselben Maße, wie die Kaufpreise für verkaufte Güter steigen, steigt auch natürlich die hypothekarische Belastung der Güter. Der Folgebewert wird leibhaftig kapitalisiert. Damit aber wächst mit den Getreide-

preisen und den Zöllen auch das, was die Junker „Produktionskosten“ nennen. Die Landwirtschaft „rentiert“ dann wieder nicht mehr, trotz Wucherzöllen und Wucherpreisen, und das Geschick nach verstärktem Schutz geht von neuem los; von Vollerleichterung ist vollends keine Rede. Darin liegt das Geheimnis der politischen Situation. Der wüste Umsturzlärm der Junker ist nur ein Zeichen, daß sie wieder hungrig sind, nachdem sie den Bollgewinn des Tarifs von 1902 erschöpft haben.

Das ist die Wechselwirkung: höhere „Produktionskosten“, also höherer Zoll; höherer Zoll, also wieder höhere Produktionskosten, also abermals höherer Zoll usw., bis dem zahlenden Volk die Geduld reißt und es nun gründlich den Junker von seinem ewigen Fleck befreit, indem es zwar nicht mehr gewillt ist, seine angeblichen Produktionskosten zu zahlen, wohl aber die Produktion selbst zu übernehmen. Die Entscheidung der Agrarfrage!

Der Verfasser ist — fügt der Verfasser hinzu — die vermehrte Steigerung bei den kleineren Besitzungen mit weniger als 20 Hektar Fläche nicht sehr bedeutend, sie beträgt im Staatsdurchschnitt 11 bis 13 Proz., bei den Großgütern aber mit mehr als 100 Hektar Fläche dreimal so viel, rund 34 bis 53 Proz., während die Besitzungen von 20 bis 100 Hektar mit 23 Proz. Wertssteigerung die Mitte halten. Diese Zahlen lassen unzweifelhaft erkennen, daß den größten Vorteil aus den hohen Getreidezöllen der Großgrundbesitz zieht, der vorwiegend Getreide zum Verkauf produziert, während für den kleineren Besitzer, der einen verhältnismäßig nur geringen Uberschuß an Getreide auf den Markt bringen kann, die hohen Fruchtpreise von geringerer Bedeutung sind. Die verstärkte Preissteigerung von 1901/03 bis 1907/09 ... macht bei den Großgütern für ein Jahr fast 6 Proz. aus.

Die wahren und tiefsten Grundlagen der Einigkeit unter wesentlichen Grundanschauungen, Ueberzeugungen und Gesinnungen fürberhin unmöglich machen! Daher unser gegenseitige Vertrauen und Vertrauen, das die Männer der verschiedensten Orientierungen in der Zentrumstraktion erschüttern und zerstören können.

Und dann noch eines! Das Vertrauen des katholischen Volkes ist ein kostbarer, aber ein verletzbarer Schatz. Seine Treue hat nicht gewankt, und wird nicht wanken, solange wie nach der politischen und nach der religionspolitischen Seite hin auf seine Führung kein Schatten fällt! Wer aber die „Entkatholisierung“ zur Parole wählt, der schlägt sich selbst von der Schar jener Männer aus, die unser treu katholisches Volk bislang mit Recht als seine „Führer“ geachtet und geliebt hat.

Und Peter Spahn, der arme Vater des gefährlichen Knaben Martin, nahm seinen Zylinder, ging hin und weinte bitterlich.

## Antitalienische Tendenz.

Wien, 7. Dezember.

— Nichts befreit die österreichische Regierung mit größerem Nachdruck und schönerem Erfolg, als die Erzeugung von Irredentismus durch skandalöse Tendenzprozesse. Jetzt hat sie einen höchsten Hofrat erreicht: Zwei Italienerprozesse zu gleicher Zeit einen in Wien, einen in Graz. In Wien werden die Seditioles, in Graz Triester abgerichtet; denn auch das gehört zu unseren teuren patriotischen Gewohnheiten, daß italienische „Hochverrat“ stets ihrem Richter entzogen, stets vor ein „delegiertes“ Gericht gestellt werden. Die heimlichen Geschworenen wären „befangen“. Der Wiener Prozeß der Trientiner ist besonders interessant durch seine Vorgeschichte. Voriges Jahr im August hat der Bankbrante Colpi in seiner Pant 342 365 Kronen gestohlen. Die Polizei, geschickt wie immer, fand zwar nicht das Geld, obwohl es auf dem Dachboden in Colpis Hause lag — erst später, durch Vermittlung von Privatpersonen, kam es zum Vorschein — aber dafür erbeutete sie Briefe, die es ermöglichten etwas ein Duzend Leute in Trient zu verhaften. Als Hochverräter wurden sie in Untersuchungshaft gestellt, und da sich nun herausstellte, daß es mit dem Hochverrat nichts sei, ließ man sie zu aller Sicherheit zwölf volle Monate in Haft. Dann wurden einfach alle bis auf vier auf freien Fuß gesetzt, gegen die vier aber hatte der Staatsanwalt die Freisprechung, nicht wegen Hochverrats, sondern wegen Majestätsbeleidigung die Klage zu führen. Und auf die wichtigsten Gründe hin wurde nun auch wirklich dreien von den Angeklagten mehrmonatige Kerkerstrafe zugesprochen. Sie sollen nämlich eine Trajektlinie der Raubschiffe gezogen haben, darin ein Wort beleidigenden Charakters war! Der vierte Angeklagte, vierzehn Jahre alt und notorisch schwachsinzig, wurde nur in Untersuchungshaft gehalten und vor Gericht geschleppt — immer wegen dieses einen Wortes, was man nicht vergessen möge —, weil man den armen Buben ein einfaches und als Kronzeugen mißbrauchten wollte. Als er seine Schuldigkeit getan, ließ man ihn mitten in der Verhandlung nach Seditioles zurückzuführen „zur Feststellung seines Seelzustandes“. An diesen doch ergebnislosen Verhandlungen scheint man nun noch nicht genug zu haben. Jetzt knüpft sich an den Diebstahl Colpis noch ein dritter Prozeß: wegen Spionage. Der Prozeß hat gestern angefangen und außer Colpi sind zwei Handelsschiffe, Dante und Tamara, dazwischen dazwischen. Colpi hat sich selber selbst der Spionage beschuldigt, um die Spur des Diebstahls von sich abzuwenden. Bis zur Stunde sind nur die jämmerlichsten Wichtigkeiten zutage getreten, aber man braucht hierzulande Spionageprozesse, um dem lieben Verbänden eins aufs Herz zu brennen.

Der zweite Hochverratsprozeß, der in Graz spielt, ist womöglich noch abrunder und empörender. Drei, zehn Personen sind seit Mal in Haft. Sie haben wiederholt durch Hungerstreik gegen die Brutalität dieser gefestigten Unterdrückung protestiert. Mit Ausnahme eines 30- und eines 27-jährigen sind es durchwegs Jünglinge von 16 bis 19 Jahren. Verschuldigt sind sie — man denke —, in Trient unter dem Schilde eines „Rebellen“ (Turn-)Verens Freischaren zur Vorbereitung der italienischen Teile Österreichs organisiert zu haben! Die Schuldbeweise sind wahrhaft niederschmetternd. Da haben wir den neunzehnjährigen César Deparis. Sichtlich ein gewiegter Verschwörer. Er hat nämlich, bei diesem Alter ein höchst verdächtiger Umstand, einen Sportverein angeführt und der Sportverein machte, was noch verdächtiger ist, Ausflüge. Der schwärzliche Vorsteher des Gerichts schloß daraus: die Ausflüge hätten den Zweck eines Trainings gehabt, sich für den großen Vormarsch gegen Wien zu rüsten. Aber Deparis hat noch mehr auf dem Kerbholz. Er hat im Kaffeehaus einmal mit Kaiser gelächelt. Kaiser sei es zwar erst sechs, sieben Jahre alt, aber er hat einmal von Benedikt aus einen geschwunden Brief geschrieben, worin er erzählt, in Venetien seien 12 000 Freiwillige bereit auch in Trient und Görz sollte man für den Wehrkrieg rufen. Was dachten Sie, als Sie den Brief bekamen? Fragt der Vorsteher den Angeklagten. Daß sie reichlich für's Jernhaus ist, antwortete sachgemäß Deparis. Man kann sein Urteil ruhig auf den Staatsanwalt und den Vorstehenden erlassen. Bessere Verdächtige: Deparis hat durch die Post einen „aufwühlenden Aufsatz“ erhalten. Aber alle Triester bekamen diesen Aufsatz, selbst — wie zum Hohn! — der Untersuchungsrichter. Weder bemerkt der Angeklagte treffend: Warum ist denn nicht der Untersuchungsrichter deshalb verhaftet worden? Endlich Deparis hat auf einer an ein Präzidium gerichteten Karte die Weismarte verkehrt aufgeklebt. Er hatte vorher von demselben Präzidium eine Karte erhalten, worin es hieß, in der Weismarkensprache bedeute eine verkehrte aufgeklebte Weismarte: „Ich kann dich nicht lieben.“ Also ein Scherz unter jungen Leuten? Nein, der Vorsteher sieht in dem absichtlich verkehrten Aufkleben der Karte eine — Majestätsbeleidigung, weil man bekanntlich beim Aufkleben von Marken vor allem an Seine Majestät denkt. Jedenfalls ist Deparis verurteilt. Wird der Verlauf des Prozesses die Hochverratsklage unmöglich machen, sperrt man ihn auf ein halbes Jahr in den Kerker. Dann wird er ein volles Jahr gefesselt haben — wegen einer verkehrten aufgeklebten Weismarte! Nun, man wird ja sehen, was dieser Prozeß noch Vieles zutage fördert. Jedes kann man schon jetzt feststellen, daß sich Österreich wirksam um die Liebe der Italiener verdient.

## Deutsches Reich.

Der Spahn im Zentrum.

Der schlesische Zentrumsabgeordnete Graf v. Oppersdorf, erdliches Mitglied des Herrenhauses, hat unter dem Titel: „Eine Gewissensfrage: Ist Martin Spahn Zentrumsmann?“ soeben eine Schrift erscheinen lassen, in der er, um sich und die anderen Gegner des jungen Spahn im Zentrum „vor dem Vorwurf des Bruches der Parteizucht abzuwehren“, nachzuweisen versucht, daß Martin Spahn kein Zentrumsmann sei. Oppersdorf kommt zu dem Schluß, daß Professor Spahn seine eigene ganz bestimmte ausgeprägte Gesinnung habe, die sich gar nicht besser als mit dem von ihm selbst gewählten Schlagwort „Entkatholisierung“ bezeichnen lasse.

Er schließt: „Die Einigkeit gilt uns als Gewissenspflicht. Daher gerade unser Kampf gegen Vorgänge und Versuche, welche

## Schwarze Listen in einem Staatsbetriebe.

Die Deutsche Industriebeamten-Zeitung behauptet auf Grund authentischer Urkunden, daß bei der Rgl. preussischen Baubewerkaufung das System der schwarzen Listen eingeführt ist. Die Maßnahme richtet sich in erster Linie gegen die bei der Baubewerkaufung auf Privatdienstleistungen angestellten Bautechniker, Architekten, Landmesser, Zeichner usw. Sobald sich einer von ihnen aus irgendeinem — oft nur geringfügigem — Grunde mißlieblich gemacht hat und ihm deshalb gekündigt wurde, ergeht gegen ihn ein Geheimverbot an sämtliche Behörden, der eine weitere Anstellung im Staatsbetriebe unmöglich macht. Die Industriebeamten-Zeitung ist in der Lage, eine ganze Reihe derartiger Erlasse im Wortlaut wiederzugeben. Aus ihnen geht hervor, daß es keineswegs nur ehrenrührige oder schwere Vergehen, sondern oft ganz geringfügige Differenzen sind, die den Erlaß einer solchen Restriktionsverfügung zur Folge haben.

Die Zahl der auf die Liste gesetzten Techniker betrug bei der Bahnbewerkaufung im Sommer 1909 18 Namen, und es kamen fast allmonatlich neue hinzu.

## Ein hartes Urteil.

Die Reichsdisciplinarkammer in Potsdam verhandelt am Donnerstag gegen den Postschaffner Fischer aus Berlin. Ihm wurde zum Vorwurf gemacht, daß er in Uniform in einem öffentlichen Lokal Stellung für die Sozialdemokratie genommen hat und daß er, als sich daraus ein Wortwechsel entspann, einen Straßeneiniger mit dem Bierglas geschlagen hat. Die Reichsdisciplinarkammer erkannte gegen den Mann auf Dienstentlassung ohne Pension.

In den meisten Fällen wird Beamten, gegen die ein Dienstentlassung erkannt wird, wenigstens für eine bestimmte Zeit ein Teil der Pension belassen. Vermutlich hat der Standort, daß sich der Schaffner nicht liebtgardistisch zur Sozialdemokratie stellte, wesentlich zu der Härte des Urteils beigetragen.

## Die babilonischen Kreisversammlungen.

Am Mittwoch sind die ersten Sozialdemokraten — ein halbes Duzend Mannheimer Genossen — in die Kreisversammlung für den Mannheimer Kreis, in der bisher nur bürgerliche Abgeordnete die Selbstverwaltung ausübten gewählt worden; früher schalteten und wählten darin fast ausschließlich die Nationalliberalen. An der indirekten Wahl zur Kreisversammlung kann sich jeder über 25 Jahre alte, seit einem Jahre im Amtsbezirk anständig Staatsbürger beteiligen. Außerdem enthält das Gesetz Bestimmungen für den Großgrundbesitz und die Industrie. Als Delegierte Kollegialmitglieder treten noch die von den Gemeinden (Gemeinderäten) auf die Dauer von sechs Jahren ernannten Kreisabgeordneten und die auf drei Jahre von den über 70000 Einwohnern zählenden Städten zu ernennenden Abgeordneten (1 bis 4) hinzu.

Die Kreisversammlungen der elf Kreisverbände treten jährlich einmal auf 1 bis 3 Tage zusammen. Die Aufgaben der Kreisverwaltung liegen vornehmlich auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen und sozialen Fortzüge: Straßen-, Brücken- und Kanalarbeiten, die Gründung von Sparkassen, von Kreisbauvereinen und anderen Instituten zur Fürsorge für Unbemittelte, Unterstützung der Gemeinden auf allen kulturellen Gebieten.

Die Kreisverbände können Vermögen erwerben und betreiben. Sie haben Steuerrecht, da sie für ihre gesetzlichen Aufgaben Ausgaben auf die Kommunen legen können. Die Aufgaben der Kreisverwaltung sollen künftig eine Erweiterung erfahren. Unter die neuen Aufgaben wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Kandidaten auch die Arbeitslosenversicherung aufgenommen.

Die babilonische Sozialdemokratie bezieht sich zum ersten Male an den Kreiswahlen; die Partei war über die Wahlbeteiligung nicht einig. Im Verbreitungsgebiete des Volksfreunds, der sich gegen Beteiligung ausprobiert war, deshalb auch die sozialdemokratische Beteiligung sehr schwach und auf diese Weise erlangt sie wenigstens noch mögliche Sieg.

So blieb die sozialdemokratische Kandidatur auf die Kandidatur der Kreisversammlung beschränkt, in der unter den 34 Mitgliedern 7 Sozialdemokraten sitzen. (Zu den sechs Gewählten kommt noch ein Genosse der als Vertreter der Stadt Mannheim der Versammlung angehört.)

Die nächste Session des babilonischen Landtags bringt höchstwahrscheinlich eine Änderung des parlamentarischen und verfassungsmäßigen Wahlrechts zur Kreisverwaltung. Eine Mehrheit der Regierungskommission hat sich bei der Beratung der Denkschrift der Kreisverwaltung über die Reorganisation der Selbstverwaltungskörper für das babilonische Wahlrecht mit Proportionalität ausgesprochen. Im Plenum kam der Bericht nicht mehr zur Verhandlung.

## Aus Buzang.

Im August d. J. hielt sich die kaiserl. Familie einige Tage in Königsberg, der Stadt der reinen Vernunft, auf. Die Frau des Kronprinzen besuchte die städtische Krankenanstalt. Zum Andenken an diesen Besuch hat der liberale Magistrat der Stadt Königsberg größere Papptafeln herstellen lassen, auf denen sich das Stadtwappen und folgende Inschrift befindet:

## Gedenkblatt.

Zur Erinnerung an den denkwürdigen Tag, an welchem Ihre Kaiserliche Hoheit, die Frau Kronprinzessin, die Gnade gehabt hat, die städtische Krankenanstalt zu besuchen. Höchstselbst haben dieses Gedenkblatt durch eigenhändige Unterschrift zu vollziehen geruht. Königsberg i. Pr., den 24. August 1910.

## Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preußen.

Erzugin von Mecklenburg. Dieses Gedenkblatt, dessen Inschrift in Buntdruck gehalten ist, befindet sich in allen Stuben der städtischen Krankenanstalt. Medizin, Trost und Erhebung für Unterthanen, Patrioten, Kriegervereinsmitglieder und Spickelkeder!

Die Einigkeit gilt uns als Gewissenspflicht. Daher gerade unser Kampf gegen Vorgänge und Versuche, welche